

Seite 11ges

Leserforum

Familienartikel Über Kosten sprechen nur die Gegner, TA vom 19. Januar

Mehr Erträge als Kosten.

Die SVP behauptet, dass die Vorlage zur Förderung von Familie und Beruf Kosten von 5,5 Milliarden Franken verursacht. Dass die SVP alles mit dem Argument «Kosten» bekämpft, ist nicht neu. Ginge es nach ihr, würde man wohl auch die SBB und die Sozialwerke abbauen. Denn diese generieren aus der Perspektive der SVP ja auch nur Kosten. Was mich dabei immer wieder erstaunt, ist der Umstand, dass dieser «mittelständischen Wirtschaftspartei» das Wort «Investition» im Vokabular fehlt. Die Ausgangslage ist in diesem Fall nämlich relativ einfach: Vom Seco vor ein paar Jahren erhobene Zahlen zeigen auf, dass, wenn wir bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nichts ändern, die Anzahl der verfügbaren Arbeitskräfte in den nächsten 20 bis 30 Jahren um etwa 10 Prozent zurückgehen wird (demografisch bedingt). Und dies nur, wenn die Immigration von Arbeitskräften nicht zurückgeht. Diese bekämpft die SVP aber auch. Eine Reduktion der Arbeitskräfte wird eine geringere Wertschöpfung zur Folge haben. Eine Reduktion der Wertschöpfung in unserem Land wird unseren Wohlstand und insbesondere unsere Sozialwerke belasten. Den aus der Vorlage entstehenden Kosten stehen darum um ein Mehrfaches grössere Erträge in Form von mehr Wirtschaftsleistung, mehr Steuereinnahmen und weniger Sozial- und Gesundheitskosten gegenüber. Die Vorlage zum Familienartikel ist keine «Kostenvorlage», sondern eine zielgerichtete Investition in die Zukunft unseres Landes, von der alle - Gesellschaft, Wirtschaft und Politik - massgeblich profitieren werden. Vom Unsinn, immer mehr Frauen breit auszubilden, den jungen Familien anschliessend aber die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht zu ermöglichen und so Bildungsinvestitionen einfach verpuffen zu lassen, will ich hier gar nicht schreiben.

Stephan Oetiker, Beinwil am See

Einseitige Förderung.

Nun soll ein Familienartikel geschaffen und in der Bundesverfassung verankert werden. Und dies, obwohl in Artikel 8 der Bundesverfassung klar festgehalten ist, dass vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind. Ist es nun zulässig, eine Personengruppe mehr als andere zu schützen und zu fördern? Widerspricht das nicht dem Gleichheitsprinzip? Bereits jetzt sichert die Bundesverfassung der Familie in den Artikeln 8, 14, 41, 108 und 116 eine besondere Förderung oder speziellen Schutz zu. Im Gegensatz dazu wird eine alleinstehende und kinderlose Person gar nicht namentlich erwähnt, einzig in der Zusage, dass eine Person allein leben darf, wenn sie das wünscht.

Jeder auch noch so kleine Verein erstellt ein Budget und einen Antrag, wenn er Kosten verursachende Neuerungen einführen will. Wieso soll das beim Staat anders sein? Es wäre viel ehrlicher, konkrete Forderungen und deren Kosten zu nennen. Dann wüssten wir alle, worüber wir abstimmen. Es ist ja auch nicht so, dass es allen Familien schlecht geht. Vielmehr müsste man sich überlegen, wo konkret Hilfe angesagt ist. Gezielte Unterstützung bringt allen mehr als ein Gummiartikel, der höchstwahrscheinlich wieder jenen zugutekommt, die es gar nicht brauchen.

Sylvia Locher, Zürich, Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Frauen und Männer

Seite 11ges

Leserforum

Familienartikel Über Kosten sprechen nur die Gegner, TA vom 19. Januar

Mehr Erträge als Kosten.

Die SVP behauptet, dass die Vorlage zur Förderung von Familie und Beruf Kosten von 5,5 Milliarden Franken verursacht. Dass die SVP alles mit dem Argument «Kosten» bekämpft, ist nicht neu. Ginge es nach ihr, würde man wohl auch die SBB und die Sozialwerke abbauen. Denn diese generieren aus der Perspektive der SVP ja auch nur Kosten. Was mich dabei immer wieder erstaunt, ist der Umstand, dass dieser «mittelständischen Wirtschaftspartei» das Wort «Investition» im Vokabular fehlt. Die Ausgangslage ist in diesem Fall nämlich relativ einfach: Vom Seco vor ein paar Jahren erhobene Zahlen zeigen auf, dass, wenn wir bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nichts ändern, die Anzahl der verfügbaren Arbeitskräfte in den nächsten 20 bis 30 Jahren um etwa 10 Prozent zurückgehen wird (demografisch bedingt). Und dies nur, wenn die Immigration von Arbeitskräften nicht zurückgeht. Diese bekämpft die SVP aber auch. Eine Reduktion der Arbeitskräfte wird eine geringere Wertschöpfung zur Folge haben. Eine Reduktion der Wertschöpfung in unserem Land wird unseren Wohlstand und insbesondere unsere Sozialwerke belasten. Den aus der Vorlage entstehenden Kosten stehen darum um ein Mehrfaches grössere Erträge in Form von mehr Wirtschaftsleistung, mehr Steuereinnahmen und weniger Sozial- und Gesundheitskosten gegenüber. Die Vorlage zum Familienartikel ist keine «Kostenvorlage», sondern eine zielgerichtete Investition in die Zukunft unseres Landes, von der alle - Gesellschaft, Wirtschaft und Politik - massgeblich profitieren werden. Vom Unsinn, immer mehr Frauen breit auszubilden, den jungen Familien anschliessend aber die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht zu ermöglichen und so Bildungsinvestitionen einfach verpuffen zu lassen, will ich hier gar nicht schreiben.

Stephan Oetiker, Beinwil am See

Einseitige Förderung.

Nun soll ein Familienartikel geschaffen und in der Bundesverfassung verankert werden. Und dies, obwohl in Artikel 8 der Bundesverfassung klar festgehalten ist, dass vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind. Ist es nun zulässig, eine Personengruppe mehr als andere zu schützen und zu fördern? Widerspricht das nicht dem Gleichheitsprinzip? Bereits jetzt sichert die Bundesverfassung der Familie in den Artikeln 8, 14, 41, 108 und 116 eine besondere Förderung oder speziellen Schutz zu. Im Gegensatz dazu wird eine alleinstehende und kinderlose Person gar nicht namentlich erwähnt, einzig in der Zusage, dass eine Person allein leben darf, wenn sie das wünscht.

Jeder auch noch so kleine Verein erstellt ein Budget und einen Antrag, wenn er Kosten verursachende Neuerungen einführen will. Wieso soll das beim Staat anders sein? Es wäre viel ehrlicher, konkrete Forderungen und deren Kosten zu nennen. Dann wüssten wir alle, worüber wir abstimmen. Es ist ja auch nicht so, dass es allen Familien schlecht geht. Vielmehr müsste man sich überlegen, wo konkret Hilfe angesagt ist. Gezielte Unterstützung bringt allen mehr als ein Gummiartikel, der höchstwahrscheinlich wieder jenen zugutekommt, die es gar nicht brauchen.

Sylvia Locher, Zürich, Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Frauen und Männer